



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit

Kurzprotokoll der 9. Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Berlin, den 19. März 2014, 10:30 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1 /
Schiffbauerdamm
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
3.101 (Anhörungssaal)

Vorsitz: Bärbel Höhn, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 3

Öffentliche Anhörung zum Thema
Tschernobyl/Fukushima



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Dött, Marie-Luise Gebhart, Dr. Thomas Göppel, Josef Grundmann, Oliver Haase, Christian Jörrißen, Sylvia Kanitz, Steffen Magwas, Yvonne Marschall, Matern von Möring, Karsten Müller (Braunschweig), Carsten Petzold, Ulrich Schulze, Dr. Klaus-Peter Vogel (Kleinsaara), Volkmar Wegner, Kai Weisgerber, Dr. Anja	Bareißen, Thomas Benning, Sybille Gundelach, Dr. Herlind Gutting, Olav Helfrich, Mark Jung, Andreas Kruse, Rüdiger Lagosky, Uwe Lerchenfeld, Graf Philipp Liebing, Ingbert Luczak, Dr. Jan-Marco Nüßlein, Dr. Georg Obner, Florian Pols, Eckhard Wittke, Oliver Woltmann, Barbara Zimmer, Dr. Matthias
SPD	Bülow, Marco Groß, Michael Hampel, Ulrich Lotze, Hiltrud Miersch, Dr. Matthias Mindrup, Klaus Nissen, Ulli Pilger, Detlev Schwabe, Frank Thews, Michael Träger, Carsten	Bartol, Sören Becker, Dirk Burkert, Martin Daldrup, Bernhard Esken, Saskia Held, Marcus Lemme, Steffen-Claudio Röspel, René Scheer, Dr. Nina Tausend, Claudia Vogt, Ute
DIE LINKE.	Bluhm, Heidrun Bulling-Schröter, Eva Lenkert, Ralph Zdebel, Hubertus	Hupach, Sigrid Lay, Caren Tackmann, Dr. Kirsten Zimmermann, Pia
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kotting-Uhl, Sylvia Kühn (Tübingen), Christian Lemke, Steffi Meiwald, Peter	Baerbock, Annalena Höhn, Bärbel Paus, Lisa Verlinden, Dr. Julia



Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema Tschernobyl/Fukushima

dazu Sachverständige:

Vladimir Kuznetsov

Professor of the Arkhangelsk Arctic State University (ehem. Direktor des Nuklear- und Strahlungssicherheits-Programms von Green Cross Russland)

Naoto Kan

japanischer Premierminister von 2010 bis 2011

Die **Vorsitzende** weist auf die Simultanverdolmetschungen zum und vom Japanischen sowie Russischen hin. Sie erläutert, anlässlich des Jahrestags der Katastrophe in Fukushima habe man sich im Ausschuss verständigt, den Austausch mit Vertretern aus Japan und auch aus Russland zu suchen, weil gerade in Deutschland die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima zu erheblichen politischen Veränderungen geführt hätten. Die Sitzung, welche als Fernsehübertragung auch im Internet zum Abruf bereitgestellt werde, könne auch der Öffentlichkeit noch einmal die Gefahren, die von Atomkraftwerken ausgingen, deutlich machen.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl habe seinerzeit in der deutschen Bevölkerung zu Verunsicherungen über etwaige Auswirkungen auf Nahrungsmittel geführt. Auch das Ausmaß der Belastung durch die über Europa gezogene radioaktive Wolke sei nicht einzuschätzen gewesen. Dies habe in Deutschland zu einer breiten Bewegung für einen Atomausstieg geführt, der dann im Jahre 2000 von der Bundesregierung beschlossen worden sei.

Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima sei der Atomausstieg vom gesamten Bundestag verabschiedet worden. Die acht ältesten AKW seien sofort abgeschaltet worden und die Stilllegung des letzten AKW sei für Dezember 2022 geplant. Damit einher gehe der im Jahre 2000 mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz eingeleitete Ausbau der erneuerbaren Energien. Mittlerweile würden bereits

25 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien gespeist, womit Deutschland eine Vorreiterrolle in der Welt einnehme.

Für das Gespräch mit den Sachverständigen sei jeweils eine Stunde angesetzt. Sie begrüßt Herrn Prof. Vladimir Kuznetsov, den früheren Direktor des Nuklear- und Strahlensicherheitsprogramms. Weiterhin begrüßt sie Herrn Naoto Kan, der von 2010 bis 2011 und damit zur Zeit der Reaktorkatastrophe in Fukushima japanischer Premierminister war. Er habe seinerzeit große Auseinandersetzungen mit den Atomkraftbetreibern gehabt und sich für mehr Transparenz eingesetzt.

Prof. Vladimir Kuznetsov bekundet seinen Respekt, dass Deutschland sich als erstes Land von der Nutzung der Atomenergie abgewendet habe.

Er sei ab dem Jahr 1979 leitender Ingenieur im dritten Reaktorblock des KKW Tschernobyl und auch nach der Katastrophe als Liquidator tätig gewesen, habe für die Atomenergieaufsichtsbehörde gearbeitet und sich mit Fragen des Strahlenschutzes hinsichtlich der weiter genutzten Blöcke befasst.

Er weist auf den 28. Jahrestag der Havarie von Tschernobyl am 26. April 2014 hin. Diese habe alle Schwachstellen der Atomenergie und auch der früheren Sowjetunion ans Licht gebracht. Es gebe heute sowohl in der Ukraine als auch in Russland wenig zivilgesellschaftliche Strukturen, die Druck für eine Prüfung durch die Atomenergieaufsichtsbehörde machen würden. Früher sei die Aufsichtsbehörde in der Russischen Föderation ein staatliches Komitee und dem Präsidenten persönlich unterstellt gewesen, heute sei sie eine nachgeordnete Behörde.

Vor dem Hintergrund der vergangenen 30 Jahre sei das derzeitige Risiko der radioaktiven Verseuchung der Umwelt so hoch wie eh und je. In der Russischen Föderation und auch in der Ukraine existiere ein großes Programm zur Weiterentwicklung der Atomenergie. In der Russischen Föderation seien nach der Havarie von Tschernobyl fast 30 Jahre lang elf Reaktoren des Tschernobyl-Typs,



also RBMK, mit dem gleichen Risiko weiterbetrieben und nicht geschlossen worden – außer der in Tschernobyl selbst.

Ein großes Problem sei die Endlagerung. Die Zwischenlager seien vollständig ausgelastet, die abgebrannten Brennstäbe würden teilweise 4000 Kilometer weit durch Russland transportiert, um dann irgendwo im Gebiet Krasnojarsk im Berg- und Aufbereitungskombinat gelagert zu werden.

Die russischen RBMK entsprächen in keiner Weise modernen Sicherheitsanforderungen und man arbeite unzulässigerweise an der Entwicklung eines Verfahrens, um die Kapazitäten der elf – teilweise 40 Jahre alten – Reaktoren noch auf 104 bis 106 Prozent der nominalen Leistung zu erhöhen.

Das Hauptkraftwerk Leningrad sei in Block 1 über eineinhalb Jahre hinweg in Reparatur gewesen; diesen Block habe man eigentlich obligatorisch stilllegen müssen, was aber nicht erfolgt sei, wegen der grundsätzlich sehr hohen Stilllegungskosten und weil keinerlei Mittel aus dem dafür vorgesehenen Fond verfügbar seien – diese seien anderweitig verwendet, möglicherweise auch unterschlagen worden.

Ferner beklagt der Sachverständige die nicht vorhandenen Sicherheitssysteme in den KKW. Es gebe zwar viele Sicherheitsvorschriften, diese würden jedoch nicht vollständig beachtet. Und der RBMK sei als Reaktor selbst gefährlich. Es gebe kein Confinement, man könne die Brennelemente nicht herausbringen; es blieben im Reaktorraum verschiedene Materialien und Elemente gebunden, die bei bestimmten Parametern – wie in Fukushima gesehen – 1500 Grad erreichen könnten, mit extremen Folgen für den Reaktorraum. Diese Erfahrung habe man in Leningrad im KKW Sosnowy Bor bereits bei der Havarie 1975 gemacht. In Sosnowy Bor, der Stadt in der Nähe des Leningrader Reaktors, hätte die Strahlendosis seinerzeit erschreckende Werte in Höhe von acht Röntgen pro Stunde betragen. Damals sei nicht über die Folgen informiert und auch keine Entscheidungen getroffen worden, um solche Havarien in Zukunft zu verhüten. Die RBMK seien heute noch genauso unsicher wie seinerzeit. Zumindest aber habe man

den fünften Reaktorblock in Kursk nicht zum Bau freigegeben.

In den Jahren 2010 und 2011 habe es große Dürren, viel Smog und Brände in Weißrussland und der Gegend von Tschernobyl sowie auch im Moskauer Gebiet und im Südwesten Russlands gegeben. Untersuchungen in dieser Zeit auf Eigeninitiative und ohne staatliche Mittel hätten deutlich Gebiete mit Messungen von 40 Curie pro Quadratkilometer aufgezeigt, als Folgen der Havarie von Tschernobyl. Die Brände hätten etwa im 600 Kilometer entfernt liegenden Vilnius das Radiationsfeld um das Vierfache erhöht. Auf den abgefallenen Blättern und Nadeln der Bäume hätten sich kleine Teilchen der Emissionen der Tschernobyl-Havarie abgesetzt, die bei Bränden bis in die Stratosphäre gehoben und durch Winde als radiologische Wolke in die Länder Westeuropas weitergetragen werden könnten. Damals seien in den Wäldern Litauens 12000 Curie gemessen worden.

Abg. **Steffen Kanitz** (CDU/CSU) fragt, ob die Sicherungsmaßnahmen in Tschernobyl, etwa die neue Ummantelung des Reaktors, angesichts der politischen Umbrüche in der Ukraine plangemäß bis Herbst 2015 abgeschlossen werden könnten. Außerdem möchte er wissen, ob in der Russischen Föderation jedenfalls für die Zukunft Rückstellungen für die Stilllegung von Anlagen geplant würden.

Abg. **Hiltrud Lotze** (SPD) bittet um Informationen, ob sich in Russland eine Zivilgesellschaft wie in Deutschland entwickeln könne.

Abg. **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.) bittet um Einschätzung der konkreten Gefahr eines Einsturzes des Sarkophags, der den explodierten Reaktorkern umhülle. So sei im Februar 2013 eine Maschinenhalle auf dem Reaktorgelände unter großen Schneemassen eingestürzt und Experten warnten seither vor einem ähnlichen Szenario bezüglich dieser maroden Gebäudeteile. Er fragt, ob diese Gefahr von den Behörden ernst genommen werde. In Russland seien nach wie vor mehrere AKW des Reaktortyps RBMK am Netz, der in Tschernobyl zum Super-GAU geführt habe; er bittet auch diesbezüglich um eine Beurteilung des Experten.



Abg. **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet um Erläuterung der als kritikwürdig angeführten Genehmigungs- und Aufsichtsstrukturen, um Einschätzung der Sicherheit der genannten Anlagen im Gebiet von Krasnojarsk, in dem die Endlagerung der ukrainischen Brennelemente geplant sei, sowie um konkrete Schilderung, wie in der Ukraine – auch im Umfeld des Reaktors – dekontaminiert werde. Auch sie bittet um eine Einschätzung, ob die aktuellen Umbrüche in der Ukraine Auswirkungen auf die Arbeiten in Tschernobyl hätten.

Prof. Vladimir Kuznetsov legt dar, bezüglich der Bildung des Fonds für Stilllegungen gebe es eine Berechnungsgrundlage, die einerseits abhängig sei vom bezogenen Strom durch die Verbraucher und andererseits von den in den Atomkraftwerken produzierten Kilowattstunden. Nach seiner Berechnung müssten jährlich in diesen Fonds etwa 120 Millionen Euro eingezahlt werden.

Er erläutert, dass bereits 1977 vier Reaktorblöcke stillgelegt worden seien. Etwa in Krasnojarsk werde der Kernbrennstoff nicht weiterverarbeitet. Es gebe nur den Beschluss, eine langfristige Lagerung vorzunehmen, aber die Situation sei katastrophal. In dem Material befinde sich Kernbrennstoff mit Millionen von Curie Radioaktivität. Zur Veranschaulichung des Gefahrenniveaus führt er an, wenn man den Brennstoff aus dem AKW extrahieren und sich 600 Meter davon entfernt aufhalten würde, wäre diese Dosis ohne jede Schutzmaßnahme tödlich. Dieser Brennstoff liege dort seit vierzig Jahren mit unmittelbarem Kontakt zum Wasser, womit sich die Radioaktivität in den Abklingbecken weiter erhöhe. Es seien verschiedene Anlagen gebaut worden, die mithilfe des Wassers die Radioaktivität abführten und das Wasser herunterkühlten. Jedes Jahr müssten immense Gelder für die Entsorgung dieser Abfälle verwendet werden. Im Fonds befänden sich aber keinerlei Mittel, da man die Problemlösung auf die Zukunft verschoben habe. Es gebe keinerlei Transparenz hinsichtlich der Verwendung der Fondsmittel. Fristen würden überdies nicht eingehalten und Qualität und Sicherheit der Arbeiten von Seiten der Ukraine seien nicht gewährleistet.

Zivilgesellschaftliche Organisationen gebe es nicht in der Russischen Föderation. Es fehlten die Menschen, die eine solche Bewegung anführen könnten. Die Menschen seien durchaus engagiert; sie hätten ihre sehr individuellen Sorgen und würde diese Aufgaben lösen, etwa die Frage der eigenen Absicherung. Einige Organisationen gebe es; diese bestünden jedoch aus ein, zwei Personen.

Gegenwärtig würden die Reaktoren auf eine übermäßige Leistung hochgefahren, wie er in einer Expertise vor zwei Jahren festgestellt habe. Es würden aber Daten verfälscht. So sei ausweislich der Aufzeichnungen eines Kontrollapparats ein Reaktor nur 24 Tage im Jahr voll ausgelastet gewesen. Schließlich habe aber eine Expertengruppe genau diesen Prozess befürwortet und Entwarnung gegeben.

Grundsätzlich problematisch an Lizenzerteilungen sei, dass etwa die Vorsitzenden von Kommissionen keine Experten für Radioaktivität, d.h. Technologen, Physiker oder gar Kernphysiker, sondern Juristen seien. Entsprechend fehle es an offenen und ggf. auch kritischen Stimmen sowie an mehr Einsatz bei Wahrnehmung der Aufsicht. Auch würden Genehmigungen ohne entsprechende Expertise erteilt. Ein Vorsitzender der staatlichen Kommission werde mit etwa 80 Euro für die Arbeit eines halben Jahr aber auch sehr schlecht bezahlt.

Er sei besorgt hinsichtlich der Dekontamination in der Ukraine. Dort habe man angefangen, eine große Menge Altmetall von der kontaminierten Zone abzubauen, um es zwecks Einschmelzung über das Gebiet Russlands hinweg zu transportieren, ohne aber eine Messung der Strahlenbelastung beim Transport durchzuführen. Er bedauert, keine näheren Angaben zur Frage der Dekontamination auf der ukrainischen Seite machen zu können. Es würde mittlerweile zumindest versucht festzustellen, in welchen Orten die Abfälle gelagert worden seien. Die Probleme in der Ukraine seien ähnlich wie die in der Russischen Föderation. Die Arbeiten an den Reaktoren würden sehr häufig ohne entsprechende Gutachten von staatlich unabhängigen Experten durchgeführt.



Die **Vorsitzende** leitet eine abschließende Frageunde ein.

Abg. **Klaus Mindrup** (SPD) zeigt sich erschüttert ob der Berichte des Experten und dankt für die offenen Worte. Er fragt, ob allein schon aufgrund der Materialermüdung das Risiko des Betriebs vierzig Jahre alter Reaktoren das soeben dargestellte Maß nicht noch übersteige. Auch sehe er ein Problem in der Gewinnung qualifizierten Personals für die neue Generation der Betreiber.

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.) möchte wissen, ob die verstrahlten Gebiete, aus denen sich durch Waldbrände Radioaktivität in die Atmosphäre verbreiten könne, auch abgesperrt würden, um einen Weitertransport der Radioaktivität durch Holzexporte zu verhindern. Ferner fragt er, ob es für das bei den Sanierungsarbeiten an den Trümmern in Tschernobyl anfallende verseuchte Material eine sichere Verwahrstätte in der Ukraine gebe, oder ob das Material von einem provisorischen Lager ins andere transportiert werde.

Abg. **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach aktuellen Zahlen der in die Nähe von Tschernobyl lebenden und aufgrund der Reaktor-katastrophe erkrankten Menschen, insbesondere auch in Weißrussland, wo nach ihrem Kenntnisstand die Auswirkungen auf die Bevölkerung noch gravierender seien als in der Ukraine. Ferner bittet sie um eine Einschätzung, inwieweit die Suspendierung Russlands aus der G 8 Auswirkungen auf die Kosten für die verbleibende G 7 und die Handlungsstrukturen bei der Sanierung der Überreste in Tschernobyl haben werde.

Abg. **Marie-Luise Dött** (CDU/CSU) erkundigt sich, ob in Russland der Transport und die Zwischenlagerung von Brennstäben in Behältern wie den Castorbehältern in Deutschland erfolgen würden.

Die **Vorsitzende** berichtet von kontaminierten Gebieten in Weißrussland mit einer hohen Rate an Gesundheitsproblemen, Genveränderungen und Missgeburten in der Bevölkerung. Sie fragt, ob hierüber Statistiken in der Ukraine und Russland

geführt würden oder darüber in der Zivilgesellschaft informiert werde.

Schließlich bittet sie noch um Einschätzung der vom „Sarkophag“ in Tschernobyl ausgehenden Gefahr. Dieser müsse nach einer bestimmten Zeit immer wieder stabilisiert werden. Sie fragt, ob etwa durch Hitzeentwicklung noch erhebliche Kontaminationen entstehen könnten.

Abg. **Steffen Kanitz** (CDU/CSU) fragt, ob oder unter welchen Voraussetzungen gesichert sei, dass die von Deutschland zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel zum Rückbau und zur Schaffung eines sicheren Zustands in Tschernobyl eingesetzt würden.

Prof. Vladimir Kuznetsov hält das Infragestellen der Qualifikation des Personals für sehr berechtigt. Das Durchschnittsalter etwa im KKW Leningrad liege bei 54 Jahren. Wer mehr als 10 Jahre in einem KKW gearbeitet habe, dürfe in Russland bereits mit 50 Jahren in den Ruhestand gehen, sodass dort vor allem eigentlich Ruheständler arbeiteten. Junge Hochschulabsolventen strebten keine Tätigkeit in der Atomenergie bzw. in KKW an. Dort sei der Verdienst in Höhe von 6.000 Rubel (150 Euro) nicht attraktiv. Auch seien sie durch die Darstellungen in den Medien abgeschreckt. Nur etwa 15 Prozent der Hochschulabsolventen der Atomphysik würden sich für eine Karriere in der Wirtschaft der Atomenergie entscheiden. Die jungen Menschen sähen im Bereich der Atomenergie keine Perspektive.

Er erklärt, dass die Lagerung abgebrannter Brennstäbe bisher generell ungeklärt sei. Bemerkenswert seien die Demonstrationen der Bevölkerung in der Bundesrepublik gegen Castortransporte und dass relativ geringe Unregelmäßigkeiten – zumindest aus russischer Perspektive – in Deutschland auf die Tagesordnung von parlamentarischen Ausschüssen gesetzt würden, in denen der zuständige Ingenieur des AKW Rede und Antwort stehen müsse. In Deutschland und Frankreich würden zudem in Datenbanken jegliche Vorfälle in AKW dokumentiert, nicht so in Russland.



Er habe sich mit einer Gruppe von Wissenschaftlern an das oberste Gericht gewandt, um eine Stilllegung der Reaktoren des Tschernobyl-Typs zu erwirken, dieses habe die Klage aber nicht angenommen. Auch nach Straßburg hätten sie sich erfolglos gewandt. Insoweit hoffe er auf Unterstützung Deutschlands, mit Blick auf die problematische Situation in der Leningrader Atomstation, 90 Meter vom Finnischen Meerbusen entfernt. Auch im Falle Tschernobyls hätten die EU-Länder gemeinsam Druck auf die Ukraine und Leonid Kutschma ausgeübt und schließlich die Stilllegung erreicht. Beim KKW Sosnowy Bor drohe wiederum eine Havarie mit verheerenden Auswirkungen auf die baltische Region. Die Menschen wollten nicht daran erinnert werden, würden lieber vergessen und gingen davon aus, dass es keine Wiederholung solch einer Katastrophe gebe. 1993 habe es in Fukushima einen großen Tsunami gegeben und trotzdem habe man genau an dieser Stelle ein AKW gebaut. Ähnlich sei die Situation die Russland – die verantwortlichen Leute wechselten und hätten nicht mehr die Informationen über früher schon aufgetretene Probleme.

Hinsichtlich der Gesundheitssituation könne er nicht umfassend antworten, da er nicht vom Fach sei. Etwa 6.000 Kinder in dieser Region hätten auf Tschernobyl zurückzuführende Krebserkrankungen. Im Jahre 2005 habe die internationale Gesundheitsorganisation einen Bericht zu Tschernobyl verfasst, in dem jedoch die Katastrophe bagatellisiert und vieles geschönt worden sei.

Man habe ein grundsätzlich funktionierendes Verfahren für den Transport von abgebrannten Brennelementen, dieser berge aber immer – auch in anderen Ländern – Risiken.

Der Sarkophag sei nur für eine kurze Zeit ausgelegt und es müssten noch 700 Tonnen verstrahltes Graphit, 198 Tonnen Kernbrennstoff, so genanntes Tschernobolit (entstanden bei 2.000 Grad aus der Kernschmelze, zusammen mit dem Konstruktionsmaterial, den abgebrannten Kernbrennstoffen und anderen Materialien) beseitigt werden.

Eine effektive Nutzung finanzieller Mittel für den Sarkophag in Tschernobyl könne vor allem durch

Transparenz und eine ständige, unabhängige Kontrolle sichergestellt werden.

Insgesamt müssten die Technologien sehr aufmerksam verfolgt und Sicherheitsanforderungen verbessert werden. Die Laufzeitbeschränkungen von 30 Jahren bestünden aus gutem Grunde, weltweit werde aber immer wieder versucht, die Laufzeiten zu verlängern; dies sei zu verhindern.

Er bedankt sich abschließend für das große Interesse und die detaillierten Fragen sowie auch Einschätzungen der Abgeordneten, die von einem gemeinsamen Grundverständnis zeugten. Deutschland komme heute eine Vorreiterrolle hinsichtlich alternativer Energiequellen zu; Russland sei davon noch sehr weit entfernt, entwickle vielmehr die Atomenergie weiter und nehme sich auch nicht in die Deutschland gelebte Energiesparsamkeit zum Vorbild, da man aufgrund der Größe des Landes davon ausgehe, über genügend Ressourcen zur Verfügung, was aber auch eine Frage der Erziehung sei.

Die **Vorsitzende** erklärt, zu beraten sei nun eine mögliche Unterstützung für diejenigen, die sich in der russischen Zivilgesellschaft für Veränderungen einsetzten.

Sie erinnert daran, Herr Kan habe vor seinem Rücktritt als Premierminister von Japan gegen viele Widerstände eine angemessene Entschädigungsregelung für die von Fukushima Betroffenen durchgesetzt, sowie auch den Aufbau einer Alternative durch Einführung eines dem deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz vergleichbaren Regelwerks. Insgesamt sei sein Wirken als Ministerpräsident von hoher Innovationskraft geprägt gewesen.

Naoto Kan bedankt sich für die umfangreiche Unterstützung Japans nach dem großen Erdbeben in Nordostjapan und der Reaktorkatastrophe in Fukushima durch den Deutschen Bundestag und insgesamt das deutsche Volk. Er bestätigt, dass für ihn die Entschädigungsfrage und das Erneuerbare-Energien-Gesetz zentrale Punkte gewesen seien. Insbesondere die Einspeisevergütung habe mittlerweile einen deutlichen Zuwachs erneuerbarer Energien in Japan bewirkt.



Er berichtet konkret von den Ereignissen in Fukushima am 11. März 2011. Das Erdbeben sei um 14.26 Uhr japanischer Zeit gewesen. Er sei damals im Parlament gewesen, die Kronleuchter an der Decke hätten etwa drei Minuten lang sehr stark geschwankt, ihm und allen anderen sei es aber viel länger vorgekommen. Im Krisenstabsraum im Untergrund des Gebäudes habe es erste Informationen gegeben. Zunächst habe es geheißen, die AKW seien ohne Probleme angehalten worden – er erinnere sich noch sehr genau an seine Erleichterung in diesem Moment. Etwa 50 Minuten später habe man jedoch mit Schauern vom Ausfall der Stromversorgung sämtlicher Kühlelemente im Reaktor 1 erfahren müssen. Damit sei die unmittelbare Gefahr einer Kernschmelze klar gewesen. Hierzu sei es um 18.50 Uhr auch tatsächlich gekommen: Die Brennstäbe hätten aus dem Kühlwasser herausgeragt und etwa um Mitternacht seien die gesamten Brennelemente des ersten Reaktors geschmolzen. Die Kernschmelze habe die etwa 10 bis 15 cm dicke Wand des Druckbehälters durchbrochen, sei dann bis auf den Boden des darum liegenden Sicherheitsbehälters durchgeschlagen und habe bereits angefangen, die Betonwand anzufressen. Wäre – wie nur 14 Stunden nach dem Erdbeben beinahe eingetreten – auch noch der Boden des Sicherheitsbehälters durchbrochen worden, so hätten 50 Mio. Menschen im Umkreis von 250 Kilometern und damit 40 Prozent der japanischen Gesamtbevölkerung evakuiert werden müssen.

Am 12. März sei es im Reaktor 1 und am 14. März auch im Reaktor 3 zu einer Wasserstoffexplosion gekommen sowie am 15. März zu einer Beschädigung des Sicherheitsbehälters in Reaktor 2 und schließlich noch zu einer Wasserstoffexplosion in Reaktor 4. Insgesamt seien in den Reaktoren 1, 2 und 3 Kernschmelzen eingetreten und zusätzlich Wasserstoffexplosionen in den Reaktoren 1, 3 und 4. In Reaktor 4 sei auch die Kühlfunktion für das Abklingbecken ausgefallen, in das man im Rahmen einer Regelinspektion Brennelemente transferiert gehabt habe, und damit das Wasser verdampft. – Hauptsorge in den USA sei gewesen, dass sämtliches Wasser aus diesem Abklingbecken verdampfe und darin enthaltenes Brennmaterial eine Kernschmelze hervorrufe. Allein aufgrund eines sehr

glücklichen Zufalls habe sich aber doch noch etwas Wasser im Abklingbecken befunden, auch aufgrund einer Verbindung zwischen dem Abklingbecken und dem Reaktor, durch die Wasser vom Reaktorbehälter in das Abklingbecken habe dringen können. Anderenfalls wäre die langfristig sehr problematische Evakuierung der Bevölkerung im Umkreis von 250 Kilometern erforderlich geworden. Man sei sehr, sehr knapp vor einer derartigen Katastrophe gewesen.

Aber auch jetzt lebten viele Menschen abseits ihres Heimatsortes. Und nach wie vor sei der Klumpen der Kernschmelze tief im Inneren des Reaktors sehr heiß und werde abzukühlen versucht. – Ursprünglich habe dafür ein geschlossener Wasserzyklus eingerichtet werden sollen, das hinein geführte Wasser rinne allerdings über unklare Wege heraus. Hiervon fließe ein Teil vermutlich in das Meer und verseuche das Wasser. Die allgemeine Bevölkerung sei sich des Ausmaßes und auch der weiteren Aktualität dieser Katastrophe aber heute gar nicht bewusst.

Vor dem 11. März 2011 seien in Japan 54 Reaktoren in Betrieb gewesen, nach dem Unfall nur noch 27, derzeit seien alle AKW stillgelegt. Aus politischen Gründen angeordnet worden sei allerdings nur die Stilllegung des Reaktors in Hamaoka. Alle anderen Reaktoren seien nach und nach für Inspektionsarbeiten abgeschaltet worden, danach habe es jedoch Neuregelungen für die Wiederinbetriebnahme von AKW gegeben, etwa, dass die Bevölkerung vor Ort zustimmen müsse. Diese größeren Hürden für die Betreiber hätten letztlich dazu geführt, dass heute kein einziges AKW in Betrieb sei.

Sowohl die Bevölkerung als auch die Wirtschaft in Japan kämen mit minimalen Einschränkungen auch ohne Atomstrom aus. Jedoch strebe die neue liberaldemokratische Regierung an, die AKW wieder in Betrieb zu nehmen, obwohl 60 bis 70 Prozent der japanischen Bevölkerung derzeit einen Atomausstieg befürworteten.

Bis zum 11. März 2011 sei Wasserkraft die einzige nennenswerte erneuerbare Energie in Japan gewe-



sen – alle anderen hätten zusammen etwa 1 Prozent der Energien ausgemacht. Die Stromkonzerne seien nicht für die Einführung von Solarstrom zu gewinnen gewesen, da dieser das Stromnetz destabilisiere. Nach dem Unfall von Fukushima und der Einführung der Einspeisevergütung sei der Anteil von Sonnenenergie jedoch enorm, ebenso der von Windkraft und Biomasse. Japan folge dem deutschen Beispiel der Energiewende also nach und er vermute, in zehn bis 15 Jahren werde der bislang durch Atomstrom eingenommene Anteil im Energiemix durch erneuerbare Energien ersetzt sein.

Gleichwohl betreibe Japan derzeit eine sehr aggressive Atompolitik, exportiere auch sehr viel von seiner Atomtechnik, aber wenn es in Zukunft aus Sicherheitsgründen zu Stilllegungen von AKW komme, sähen sich die japanischen Hersteller und Exporteure der Technologie mit erheblichen Schadensersatzforderungen konfrontiert, was sich zu einem sehr großen wirtschaftlichen Nachteil für Japan entwickeln könne. So habe im KKW San Onofre bei San Francisco (Kalifornien, USA) eine Bürgerbewegung die Wiederinbetriebnahme eines Reaktors verhindern können, die Betreiberfirma Southern California Edison (SCE) habe die Stilllegung dieses AKW festgelegt, daraufhin allerdings die japanische Herstellerfirma Mitsubishi der technischen Anlage auf Schadensersatz verklagt. Auch deshalb plädiere er auf jeden Fall für den Atomausstieg.

Abg. **Steffen Kanitz** (CDU/CSU) möchte wissen, warum Fukushima vor dem Hintergrund der Hochwassergefährdung mit einer Schutzmauer in Höhe von nur 5,70 Metern überhaupt genehmigt worden sei, wenn dort erfahrungsgemäß etwa alle 30 Jahre ein Hochwasser von ca. 10 Metern Höhe zu erwarten sei.

Daneben fragt er, ob deutsche Expertise in Bezug auf Rückbau und Stilllegung gefragt sei. Ferner bittet er um Informationen, wo kontaminiertes Material zwischengelagert werde, ob immer noch kontaminiertes Grundwasser aus der Atomruine ins Meer gelange und wann die eingeführten Maßnahmen, wie etwa der Eiswall oder Spundwände, möglicherweise den Zufluss stoppen könnten.

Abg. **Hiltrud Lotze** (SPD) fragt, ob und wann die Entsorgung des kontaminierten Materials, etwa der in Betonringe eingefassten Erdabfälle und Baumabschnitte, geplant sei.

Zum anderen erkundigt sie sich, wie wettbewerbsfähig die japanische Wirtschaft nach Abschaltung aller AKW sei. In Deutschland argumentiere die Wirtschaft stets, ein Komplettausstieg treibe die Strompreise in immense Höhe.

Abg. **Hubertus Zdebel** (DIE LINKE.) erklärt, in einer Fernsehdokumentation habe Herr Kan von einer Verschwörung der Atomlobby gesprochen, die ihn als Ministerpräsidenten abgesetzt habe, um zur Atomenergie zurückzukehren. Er bittet um Erläuterung dazu sowie auch insgesamt um Bewertung der Rolle der AKW-Konzerne und der Entwicklung der Atomtechnologie-Exporte in Japan.

Abg. **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) interessiert, wie die Menschen in einem Hochtechnologieland wie Japan, das immer an Fortschritt und technische Lösbarkeit von Problemen geglaubt habe und nun in Fukushima an seine Grenzen gekommen sei, mit diesem Erlebnis umgehe.

Sie berichtet ferner, dass es in Deutschland im öffentlichen Recht den Begriff der Zuverlässigkeit gebe, die von Gewerbetreibenden und auch AKW-Betreibern zu erfüllen sei. Sie fragt, ob es in Japan ähnliche Erfordernisse gebe und ob die Zuverlässigkeit der Firma Tepco ein Thema sei.

Sie erwähnt, Herr Kan sei einer der Ersten gewesen, die in Japan von dem bis dahin tabuisierten atomaren Dorf und seiner Macht gesprochen hätten. Auch hierzu bittet sie ihn um nähere Ausführungen. Und sie möchte wissen, ob die Atomaufsicht nach der Ausgliederung aus dem mächtigen METI (japanisches Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie) nunmehr wirklich unabhängig arbeiten könne. Im Übrigen habe das Parlament ihrer Kenntnis nach zwar einen Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission in Auftrag gegeben, diesen aber nie beraten; sie bittet diesbezüglich um Bestätigung sowie Auskunft über die Gründe dafür.



Schließlich rechne sie es Herrn Kan sehr hoch an, noch ein japanisches Gesetz für erneuerbare Energien erreicht zu haben. Aber für den Einspeisevorrang würden viele Ausnahmen gelten: Immer dann, wenn Netzbetreiber, die gleichzeitig die Energiekonzerne seien, die Einspeisung nicht zulassen wollten, könnten sie ihr Veto einlegen. Sie fragt, ob der Einspeisevorrang gestärkt werden und es – wie etwa in Deutschland – ein Unbundling geben müsse, also eine Trennung von Erzeugung und Netzbetreibern. Ferner bittet sie ihn, einzuschätzen, inwieweit die – hoffentlich gelingende – Energiewende in Deutschland für die Debatte in Japan relevant sei.

Naoto Kan antwortet zunächst auf die Frage, weshalb überhaupt das AKW in Fukushima genehmigt wurde. Ursprünglich sei geplant gewesen, das AKW auf einem Hügel etwa 35 Meter über dem Meeresspiegel zu errichten. Für den Bau sei dann jedoch der Felsen bis auf 10 Meter über dem Meeresspiegel abgetragen worden, um sich so nah wie möglich am Meer zu befinden und dieses als Kühlwasser für die Umwandlung des Wasserdampfes zurück zu Wasser zu nutzen. Man habe damals die Gefahr eines großen Tsunami außer Acht gelassen, obwohl die dortige Tōhoku-Region eine insoweit schon immer gefährdete Region sei. Offenbar sei davon ausgegangen worden, dass durch einen Wall 10 Meter hohe Wellen gebrochen würden.

Seine Demokratische Partei (DPJ) hätte einen Ausstieg aus der Atomkraft etwa in den 2030er Jahren geplant. Die derzeitig wieder regierende LDP gebe zwar vor, die Abhängigkeit von den AKW reduzieren zu wollen, aber ohne ein konkretes zeitliches Ziel für Stilllegungen zu nennen, und arbeite eher daran, die stillgelegten AKW wieder in Betrieb zu nehmen.

Es gebe aktuell Pläne, eine Mauer bis in die Tiefe von 35 Metern zu bauen, auf den Granitfelsen aufstoßend, dass das Gelände umschlossen würde. Da dies aber für Tepco sehr kostenintensiv sei, zeige sich das Unternehmen diesbezüglich sehr zurückhaltend. Die Technologie eines Eiswalls

befinde sich noch in der Forschung und Entwicklung; deshalb sei offen, ob auf diesem Wege zeitnah eine Lösung gefunden werden könne.

Die Dekontamination habe sich zunächst auf vornehmlich von Kindern genutzte Flächen konzentriert, wie Schulgelände, Parks oder Gärten. Hiernach habe man versucht, überall dort Material zu dekontaminieren, wo sich generell viele Menschen aufhalten. Allerdings sei dies nur begrenzt effektiv, da mit dem Regen in den Bergen erneut kontaminiertes Material in die Dörfer und Wohngebiete fließe. Ob die Menschen letztlich tatsächlich alle wieder in ihre Häuser zurückkehren könnten, sei ungewiss.

Die Strompreise seien in Japan gestiegen, aber Grund dafür seien nicht so sehr erhöhte Importmengen an Gas, Öl oder Kohle (so die Argumentation der Wirtschaft), vielmehr hätten die Menschen durch die Katastrophe von Fukushima ein Bewusstsein zur Stromeinsparung entwickelt – sowohl im Alltag, als auch bei der Arbeit. Gestiegen seien die Preise, weil der Yen-Wert derzeit ungünstig für Importe sei. Außerdem trage die kompletten Kosten für die Entsorgung der AKW-Brennstäbe ebenfalls der japanische Steuerzahler. Bei einer Wiederinbetriebnahme der AKW sei umso mehr radioaktiver Müll zu entsorgen. Deshalb sei es letztlich wirtschaftlicher, die AKW nicht wieder in Betrieb zu nehmen.

Die AKW-Betreiber hätten mangels Wettbewerbs ein Monopol in der jeweiligen Region. Der Strompreis werde pauschal von den Anbietern bestimmt und setze sich zusammen aus den Entstehungskosten sowie den Gewinnen der Stromkonzerne. Diese seien einflussreiche Unternehmen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in Wissenschaft und Politik. Für große Herstellerkonzerne, wie Toshiba, Hitachi oder Mitsubishi seien sie die besten Kunden.

Die Firma Tepco – die als Stromkonzern aufgrund des Monopols eigentlich keiner Werbung bedürfe – habe versucht, im Fernsehen für AKW-Strom zu werben und negative Berichterstattungen zu vermeiden. Auch er sei von einem deutschen Fernsehsender interviewt worden, das Interview sei in



Japan aber nicht ausgestrahlt worden. Das Atomdorf sei heute die größte Atomlobby. Auch seine Partei, die DPJ, würde von Gewerkschaften unterstützt, die Gewerkschafter von Stromkonzernen seien jedoch gegen einen Atomausstieg. Deshalb sei es für ihn oft schwierig, für einen Atomausstieg zu werben, da viele Parteimitglieder dies nicht wollten und ganz anders bewerten und er ggf. auch Stimmenverluste bedeuten würde. Die Macht der Atomlobby sei sehr groß in Japan.

Nach dem Unfall in Fukushima sei die Gesellschaft tatsächlich im Glauben an die technische Fortschrittlichkeit Japans erschüttert worden. Die Höhe des Tsunamis sei falsch eingeschätzt worden und weder die Stromkonzerne noch die Atomaufsicht – damals noch beim MITI angesiedelt – hätten in Betracht gezogen, dass für längere Zeit alle Stromaggregate und damit die komplette Stromversorgung ausfallen könnte, weshalb es auch keine entsprechenden Notfallpläne gegeben habe. Der Evakuierungsplan habe vorgesehen, dass alle Techniker im sogenannten Offside-Center unweit des AKW Quartier beziehen; dieses sei aber ebenfalls vom Erdbeben betroffen und nicht binnen 24 Stunden von allen Technikern erreichbar gewesen. Die Szenarien eines Atomunfalls und eines Erdbebens seien lediglich getrennt voneinander bedacht worden, jedoch nicht, dass beides zusammenfallen könne.

Zur Frage nach der Verlässlichkeit der Kraftwerksbetreiber bemerkt er, die Leute vor Ort hätten viel Einsatz gezeigt und ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt, um den Unfall zu beheben. Wenn aber zum Beispiel Batterien als Notstromaggregate gebraucht worden seien, habe der Mutterkonzern sie nicht schnell genug geliefert, etwa aufgrund der Verweigerung der Subunternehmer angesichts der hohen Strahlenbelastung, dieses Gebiet zu beliefern. Die Regierung habe dann Polizei und Heer bemühen müssen.

Unter dem Vorsitz von Kiyoshi Kurokawa habe die Untersuchungskommission einen Bericht für das Parlament erstellt. Später seien aber noch neue Tatsachen bekannt geworden, über die jedoch keine Nachfolgerkommission weiter recherchierte. Hintergrund sei, dass sich die LDP zur

Zeit der DPJ-Regierung als Oppositionspartei sehr für die Einrichtung dieses Untersuchungsausschusses eingesetzt habe. Nun sei sie aber in der Regierung und habe deswegen als Partei weniger Interesse an einer Nachfolgerkommission, zumal die 54 AKW alle unter der LDP-Regierung gebaut worden seien und möglicherweise bereits während dieser Zeit Probleme gehabt hätten. Offenbar befürchte man auch, dass dadurch die Anti-AKW-Bewegung gestärkt würde.

Abg. **Ulli Nissen** (SPD) berichtet, die Zeit in den Jahren 1986/87 nach Tschernobyl habe sie selbst ganz intensiv erlebt. Die Katastrophe in Fukushima habe Deutschland dazu gebracht, den Ausstieg aus der Atomkraft doch wieder zu verfolgen, sicherlich auch, weil Menschenmassen in Deutschland auf die Straße gegangen seien. Sie wundere sich, warum demgegenüber nicht auch in Japan Millionen von Menschen auf die Straße gingen, die Menschen nicht hochsensibel seien.

Abg. **Dr. Matthias Miersch** (SPD) erklärt, vor zwei Jahren seien internationale Experten im deutschen Umweltausschuss zu Gast gewesen, um über die aktuelle Situation in Fukushima zu berichten, über negative Folgen habe es aber keinerlei Mitteilungen gegeben. Er fragt deshalb nach aktuellen unabhängigen, objektiven Erkenntnissen etwa zu Erkrankungs- und Sterblichkeitsraten und zur Verseuchung von Nahrungsmitteln einschließlich der Fischbestände.

Abg. **Dr. Klaus-Peter Schulze** (CDU/CSU) interessiert sich ebenfalls für die Nahrungskettenbelastung durch Radioaktivität und fragt zudem nach dem aktuellen Energiemix in Japan, wieviel Prozent von erneuerbaren Energien und wieviel aus dem fossilen Bereich kämen, sowie nach einem Absolutbetrag der Energiepreise, d.h. was die Kilowattstunde in Japan koste.

Abg. **Christian Haase** (CDU/CSU) bemerkt, schon vor dem Unglück in Fukushima habe Japan die höchsten Strompreise gehabt und der Anteil von Atomstrom habe ungefähr 25 Prozent betragen. Er möchte wissen, wie in Japan innerhalb kürzester



Zeit eine Stromeinsparung in Höhe dieser 25 Prozent zu bewältigen gewesen sei, um möglicherweise auch für Deutschland noch etwas zu lernen.

Die **Vorsitzende** meint, mit dem benannten Ausbau der Photovoltaik, der mittlerweile erhebliche Gigawatt betreffe, seien möglicherweise sogar mehrere AKW zu ersetzen. Sie bittet um nähere Ausführungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien und dazu, wer dessen „Motor“ sei, etwa die Bürgermeister vor Ort, Einzelpersonen und/oder junge Wirtschaftsunternehmen für den Vertrieb oder die Installation von Photovoltaik bzw. Windkraftanlagen. Auch fragt sie, wie mit der Konkurrenz umgegangen werde, die durch den Anstieg der erneuerbaren Energien gegenüber den bereits bestehenden Energiekonzernen erwachse.

Weiterhin möchte sie wissen, nach welchen Kriterien in Japan Grenzwerte für unterschiedliche Lebensmittel festgesetzt worden seien, da Wissenschaftler die Schädlichkeit von kontaminierten Lebensmitteln unterschiedlich bewerteten.

Abg. **Peter Meiwald** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob es bei den benannten Klagen aus anderen Staaten etwa gegen Mitsubishi auch um Klagen im Rahmen von bilateralen Freihandelsabkommen gehe, also um Klagen vor internationalen Schiedsgerichten.

Zudem erkundigt er sich, ob die Arbeitsbedingungen in AKW in Japan ähnlich unattraktiv seien wie in Russland, wie die Arbeiter ausgebildet und motiviert seien und wie es heute denen gehe, die in Fukushima gearbeitet hätten oder noch arbeiteten, was für sie und ihre Familien getan werde, ob sie etwa im Gesundheitswesen besonders unterstützt würden.

Abg. **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, in Deutschland habe man sowohl hinsichtlich des Atomausstiegs, als auch bezüglich der jetzt anstehenden Endlagersuche jeweils einen parteiübergreifend sehr breiten politischen Konsens gesucht, auch um zu garantieren, dass ein Regierungswechsel nicht zu einer Rücknahme

der Beschlüsse führe. Sie fragt, ob oder unter welchen Bedingungen es auch im japanischen Parlament die Chance für ein fraktionsübergreifendes Bündnis aus Atomkraftgegnern und damit möglicherweise doch für die Einsetzung einer Folgekommission gebe. Unter den vielen Gegnern der Atomkraft in Japan in der Wissenschaft, den NGO, unter den Bürgermeistern usw. bestehe wenig Vernetzung. Sie fragt nach den Möglichkeiten, diese als Bewegungen zu bündeln und damit möglicherweise einen größeren Druck auf das Parlament auszuüben.

Sie selbst habe die Anlage Fukushima Daiichi im Dezember besucht und sei erschüttert darüber gewesen, dass die Arbeiter der Baufirmen auf dem Gelände nicht direkt von Tepco beaufsichtigt würden, sondern mehrere Subunternehmen eingeschaltet seien. Sie fragt, wer den Schutz überwache, also darauf achte, dass die Arbeiter tatsächlich – wie von Tepco angegeben – täglich nur maximal für die Dauer einer Stunde auf dem Gelände arbeiteten.

Abg. **Detlev Pilger** (SPD) weist auf die große Anzahl junger Leute auf der Zuschauertribüne hin. Gerade beim Thema Atompolitik gehe es um deren Zukunft, um eine lebenswerte Umwelt, um die Verantwortung seiner Generation den jungen Leuten gegenüber im Rahmen der Entscheidungen. Er fragt, wie lang die Zeitspanne einzuschätzen sei, nach der guten Gewissens die Region um Fukushima wieder bevölkert werden könne.

Naoto Kan meint, als Premierminister sei es eines seiner schwierigsten Probleme gewesen, zu entscheiden, ab welcher Strahlenbelastung eine Region evakuiert werden und wie weit die Strahlenbelastung sinken müsse, um dorthin wieder zurückkehren zu können. Für ihn selbst wichtig gewesen sei damals vor einer politischen Entscheidung eine grundlegende Diskussion zwischen den – auch internationalen – Experten. Zunächst hätten 20 Millisievert im Jahr als Grenzwert für eine etwaige Evakuierung gegolten, während man unter 20 Millisievert durch Dekontaminierung möglichst schnell eine rückkehrbare Umgebung habe erreichen wollen. Dies sei seines Wissens nach



auch heute noch so, aber weiterhin bestünden in Japan unter den Experten sehr unterschiedliche Meinungen zur Bestimmung der Grenzwerte. Etwa halte ein Forscher 100 Millisievert im Jahr für die Obergrenze und meine, darunter müsse man sich keine Sorgen machen. Ein anderer sehr bekannter Wissenschaftler setze 1 Millisievert im Jahr als richtigen Grenzwert an und stufe alles darüber Hinausgehende bereits als Gefahr ein.

Die Strahlenbelastung der Arbeiter werde nicht nur stichprobenartig überprüft, sondern es würden alle Arbeiter untersucht.

Für Nahrungsmittel hätten die japanischen Experten in Einigkeit einen Grenzwert festgelegt. Lebensmittel, die diesen überschreiten, kämen nicht auf den Markt.

Hinsichtlich der Schäden für Kinder verweist er auf den Film „Chernobyl Heart“, in dem es um Krebskrankheiten gehe.

Aus objektiven Daten könnten Grenzwerte abgeleitet werden, aber auch unter den Experten internationaler Organisationen gebe es offenbar keine klaren Werte. Wie er im Prinzip vorhin schon gesagt habe, habe man versucht, möglichst 1 Millisievert als Grenzwert zu erreichen. Menschen, die Werte auch unterhalb des Grenzwerts als zu gefährlich einstufen, sollten aus eigener Entscheidung heraus aus dem Gebiet fliehen. Die Regierung habe die Pflicht, sie dabei zu unterstützen bzw. Tepco müsse Möglichkeiten zur Flucht bereitstellen. So sei es zu seiner Zeit als Premierminister gewesen.

Insbesondere Mütter und Familien mit Kindern machten sich Sorgen. Es sei wohl eines der größten Probleme Japans derzeit.

Tatsächlich hätten Tepco und andere Stromkonzerne nicht nur fest angestellte Mitarbeiter, sondern noch ein Vielfaches dieser Mitarbeiterschaft über Subunternehmer und Subsubunternehmer. Für die Regularbeitnehmer werde die Strahlenbelastung gründlich ermittelt, aber die Subunternehmer seien selbst für deren Kontrolle verantwortlich und berücksichtigten sie sicherlich vergleichsweise weniger, was auch im japanischen

Parlament immer wieder thematisiert worden und auch weiterhin ein Problem sei.

Und in der Tat gebe es eine parteiübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der verschiedenen Kommunalparlamente und unter den Bürgermeistern, zum Thema Endlagerung und anderen Problematiken im Zusammenhang mit Atomkraft. Ein Vorsitzender der Gruppe für „Null Atomkraft“ sei von der LDP, der andere von der DPJ und auch die übrigen Mitglieder setzten sich aus Vertretern noch anderer Parteien zusammen. Die meisten Parteien seien hieran mit einzelnen Abgeordneten beteiligt. Auch unter den Bürgermeistern und Gouverneuren gebe es Mitgliedschaften in solchen Gruppen auf kommunaler Ebene. Es werde derzeit versucht, ein Netzwerk aufzubauen, um sich der Wiederanschließung der AKW entgegenzustellen.

Auch die Kläger hätten ein eigenes Netzwerk gegründet. Diese Gruppen seien aber eine Minderheit im Parlament. Die LDP und die Kōmeitō als Regierungsparteien belegten mehr als 60 Prozent der Sitze im Parlament. Es auf die Tagesordnung der Parlamentssitzungen zu bekommen und die Regierung zum Handeln zu bewegen, sei also eher schwierig und bisher beklagenswerterweise noch nicht ausreichend gelungen.

Das Unbundling werde auch in Japan derzeit diskutiert. Die besondere Stellung japanischer Stromkonzerne, deren Monopol und dass sie sowohl Übertragungsnetze als auch Erzeugungseinrichtungen besäßen, sei zu kritisieren. Deutschland und Spanien hätten das bessere System des Unbundlings durchgesetzt; eine solche klare Trennung zwischen Übertragung und Erzeugung fordere auch die DPJ und auch innerhalb der Regierungspartei LDP gebe es dazu Befürworter.

Er denke nicht, dass der Prozess gegen Mitsubishi etwas mit Freihandelszonen und internationalen Abkommen zu tun habe und dass also Regierungen daran beteiligt seien, sondern dieser sei eher eine Sache zwischen einzelnen Unternehmen, also ein Zivilprozess.

Er erläutere zu den Strompreisen in Japan: Zum einen hätten die Verbraucher in der Bevölkerung



den Stromverbrauch reduziert (insbesondere den sonst so hohen für Klimaanlage im Sommer). Zum anderen habe es eine verstärkte Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern gegeben; die nicht ganz ausgelasteten fossilen Kraftwerke an vielen Orten habe man dann in vollem Umfang betrieben. Die neun Stromkonzerne Japans hätten in ihren eigenen Regionen die Verantwortung für eine lückenlose Stromversorgung gehabt, aber in der Ausnahmesituation kooperiert und sich gegenseitig überschüssigen Strom zur Verfügung gestellt. Daher sei es zu den von Stromkonzernen, wie auch der Wirtschaft nach wie vor hin und wieder angekündigten Blackouts tatsächlich bisher nicht gekommen, weil auch die Reserveheizkraftwerke genutzt worden seien. Und auch weiterhin werde Japan wahrscheinlich genügend Kapazitäten haben und müsse keinen weiteren Stromausfall fürchten.

Experten würden die einzelnen Daten über Krankheiten etc. unterschiedlich bewerten. Es gebe Veröffentlichungen von Krankenhäusern und Ärzten in Fukushima, wonach zum Beispiel Schilddrüsenkrebs bei Kindern zumindest zahlenmäßig noch nicht feststellbar sei. Allerdings hätten einzelne Ärzte solche Kinder behandelt und meinten, die ersten Auswirkungen würden schon sichtbar. Eine absolut zuverlässige Informationsquelle gebe es aber gegenwärtig nicht.

Abschließend wolle er eigene Gedanken ausführen. Er selbst habe sich schon seit jeher mit Wissenschaft und dem Leben der Menschen befasst.

Wissenschaft und Technologie seien im Alltag selbstverständlich eine sehr große Stütze, gleichzeitig könnten sie dem Menschen aber auch zu einer Bedrohung werden, etwa wenn man an die Nukleartechnologie denke. Der Unfall in Fukushima habe wiederum gezeigt, dass die Menschheit Wissenschaft so nutzen müsse, dass sie ihr zu Gute komme. Die Erde an sich sei vor etwa 4,5 Milliarden Jahren entstanden und bislang ohne Radioaktivität und Plutonium ausgekommen. Die heutigen Lebewesen auf dieser Erde hätten sich über diese Milliarden von Jahren hinweg an die natürlichen Gegebenheiten des Planeten angepasst. Der Mensch allerdings habe in den vergangenen 100 Jahren so viel Neues produziert, wie etwa Plutonium, woran sich die Umwelt gar nicht so schnell anpassen könne. Ob heute friedlich genutzt in AKW oder ursprünglich auch zu Kriegszwecken für Atomwaffen – Plutonium habe vor der Entwicklung der Kernkrafttechnologie durch den Menschen so in der Natur überhaupt nicht existiert. Die Menschen müssten Entscheidungen treffen, etwa für erneuerbaren Energien. Viele Länder beschäftigten sich mit dieser Thematik, Deutschland allen voran, Japan werde wahrscheinlich versuchen, dem nachzufolgen und er hoffe, dass Japan dies gelinge.

Die **Vorsitzende** bedankt sich für die eindrücklichen Schilderungen der beiden Experten und schließt die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 12:55 Uhr

Bärbel Höhn, MdB
Vorsitzende